

Rede zum Haushalt 2014

Soziale Fraktion im Rat der Stadt Dorsten

Reinhild Reska

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

die Soziale Fraktion wird der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes sowie der Haushaltssatzung 2014 als jeweiliges Gesamtpaket zustimmen. Wie schwer wir uns jedes Mal mit dieser Entscheidung tun muss ich an dieser Stelle nicht mehr betonen. Es wäre auch einfach zu sagen, dass wir dagegen stimmen. Aber wir wissen doch genau, dass es für die Stadt zur Zeit keine Alternative zu diesem Sparpaket gibt.

Denn:

Die Rahmenbedingungen für die Ein- und Ausgabensituation in unserer Kommune werden weitgehend von Bund und Land bestimmt. Es ist gut und richtig, dass die meisten Aufgaben, die eine Kommune für ihre Bürgerinnen und Bürger übernehmen muss, Pflichtaufgaben sind. Aber wie wir immer wieder leidvoll erfahren müssen, werden wir als Kommune für diese Pflichtaufgaben nicht ausreichend finanziell ausgestattet. Darüberhinaus müssen wir nicht nur gesetzlich vorgeschriebene Pflichtaufgaben erfüllen, sondern wollen auch Leistungen und Projekte unterstützen können, die den

sozialen Zusammenhang in unserer Stadt fördern. Ich denke da insbesondere an Investitionen in Infrastrukturen für Bildung und Soziales. Bleibt Dorsten auf Dauer strukturell unterfinanziert hat das Auswirkungen auf unser städtisches Leben, denn das kann nur mit städtischen Leistungen funktionieren. Ohne all die engagierten Menschen in unserer Stadt, die ein Ehrenamt ausüben, wäre es bereits schlecht um unser solidarisches Miteinander bestellt.

Wir können und dürfen aber dabei Bund und Land nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

Auf diese Problematik möchte ich zunächst am Beispiel von „Schule“ eingehen.

Politiker aller Parteien auf Bundes- und Landesebene werden nicht müde uns zu sagen, für wie wichtig sie das Thema *„gleiche Bildungschancen für alle“* halten.

„Bildung für alle“, „Kein Kind zurücklassen“ sind wohlfeile Schlagworte, die dann aber auch umgesetzt werden müssen.

Denn:

Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien haben es in unserem Bildungssystem besonders schwer ihr Recht auf Bildung umfassend wahrzunehmen. Gleiches gilt für Kinder mit Migrationshintergrund. - Nicht umsonst gibt es in Dorsten das Projekt „Schulsozialarbeit“ - Familien, die Transferleistungen beziehen, wird das Kindergeld in voller Höhe angerechnet – defacto bekommen

sie kein Kindergeld. – Das ist eine besonders große Schwachstelle der Hartz-Gesetze –

Eine verantwortungsvolle Bildungspolitik muss dafür sorgen, dass jene Kinder und überhaupt alle Kinder kostenlose Schulmaterialien, Bücher und Mahlzeiten erhalten.

Da müsste aber viel Geld in die Hand genommen werden. Unser Vorschlag dazu wäre, dass das Kindergeld für alle Kinder grundsätzlich und komplett in den Bildungsbereich fließt. Denn nur so bekämen auch die Kinder aus Familien mit sozialen Schwierigkeiten eine reale Chance auf Bildung und würden nicht stigmatisiert. Das schließt unserer Meinung auch die musische und sportliche Erziehung mit ein. Das wäre eine gute Investition in die Zukunft unserer Kinder und damit in unsere Gesellschaft.

Auf diesem Feld könnte die große Koalition wirklich Großes leisten. Deshalb hier unsere Bitte an Sie liebe Kollegen und Kolleginnen im Stadtrat auf ihre Vertreter in Bund und Land dahingehend Einfluss zu nehmen.

Wenn wir in Dorsten eine inklusive Gesellschaft werden wollen, müssen wir die Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilhabe aller an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse schaffen. Eine Selektion von Kindern in unserem Bildungssystem, ob in irgendeiner Form behindert oder arm oder beides, darf es nicht geben.

Grundvoraussetzung dafür ist eine ausreichende Finanzausstattung für unsere Schulen, denn sonst bleibt es

bei dem Wunsch nach „Inklusion“ und „Bildungschancen für alle“, bleibt es nur halbherziges Gerede. (siehe Verhalten Land NRW zur Finanzierung der Offenen Ganztagschule)

Nicht nur für unseren städtischen Etat stellt auch der Bereich der „wirtschaftlichen Jugendhilfe“ sich als ein großes Problem heraus. Jedes Jahr muss die Stadt höhere Ausgaben in diesem Bereich tätigen.

Auch hier benötigt Dorsten zusätzliche finanzielle Hilfen zur Erarbeitung nachhaltiger und präventiver Lösungen. Das beinhaltet mehr Möglichkeiten einer niederschweligen Familienberatung, mehr Jugendprojekte und Treffpunkte für junge Menschen, die in problematischen Familienverhältnissen leben. In der Familienberatung zu kürzen macht insofern wenig Sinn.

Angesichts der zunehmenden Fallzahlen benötigt auch das Jugendamt gerade im präventiven Bereich eine größere finanzielle Unterstützung.

Aber solange wir aus Kostengründen freiwillige Aufgaben in diesem Bereich kürzen, drehen wir uns im Kreis.

Die Soziale Fraktion bezweifelt, dass die Zunahme Fallzahlen nur ein strukturelles Problem darstellt.

Nun folgt ein Exkurs ins Jobcenter:

Der Kreis Recklinghausen gehört einer strukturschwachen Region an. Das macht es auch so schwierig für die Mitarbeiter im Jobcenter eine größere Anzahl von Wiedereingliederungen in den ersten Arbeitsmarkt zu realisieren. Arbeitslose

Menschen haben es auch in Dorsten schwerer eine versicherungspflichtige Tätigkeit zu finden. Solange sich an dieser Arbeitsmarktsituation nichts ändert, wäre es sinnvoll, eine höhere Anzahl von Arbeitsplätzen zu subventionieren. Bis zu 75% des Gehalts werden vom Jobcenter bis zu anderthalb Jahren übernommen. Potenzielle Arbeitgeber bekommen dadurch einen Anreiz Menschen, die lange arbeitslos sind, einzustellen. Die Menschen, denen eine solche Möglichkeit durch das Jobcenter bereits geboten wurde, sind voll des Lobes. - Denn mit der Arbeitsstelle bekommen sie auch ihre Würde wieder zurück.

Für eine strukturschwache Region – wie der Kreis Recklinghausen - ist das ein sinnvolles Arbeitsmarktinstrument, welches den kommunalen Haushalt entlastet.

Die Mittel dafür müssen aber vom Bund kommen!

Ein weiterer Faktor für die hohen Ausgaben der Stadt Dorsten besteht in der Kreisumlage. Der Kreis Recklinghausen bekommt von seinen 10 Städten jährlich eine Kreisumlage von beachtlicher Höhe. Dafür übernimmt er Aufgaben, die von den Städten nicht wahrgenommen werden (sollen?)

Für die Soziale Fraktion ist das sowohl verwaltungsmäßig als auch auf der politischen Ebene eine überflüssige Struktur, die wir uns sparen könnten. Denn letztendlich ist die Kommune viel näher bei den Menschen und kann dementsprechend besser auf städtische Belange reagieren als es der Kreis je könnte. Auch über die Politiker im Kreistag wundern wir uns,

weil wir bisweilen abgehobene Verhaltensweisen feststellen, die von der Ferne zur Kommune herrühren.

Nach dem Motto „wie erkläre ich es meinem Kind?“, dass wir die Menschen in unserer Stadt mit höheren Steuern und Gebühren belasten, leisten uns aber auf der anderen Seite eine überflüssige Hierarchie.

Eben so wenig einleuchtend erscheint die Tatsache, dass die Verwaltung in Dorsten in der Vergangenheit massiv Personal eingespart hat, den Beschäftigten Leistungsverdichtung zumutet, die Arbeitsplätze enorm an Attraktivität verlieren. Der Kreis allerdings, so gewinnt man den Eindruck, wenig Anstrengungen diesbezüglich unternimmt.

Die Soziale Fraktion ist der Meinung, dass es weiteren Personalabbau bei der Stadt Dorsten nicht geben darf. Alles andere wäre auch verantwortungslos.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Die Soziale Fraktion hat sich heute darauf beschränkt nur kritische Punkte zu benennen. Das passt ja auch dazu zur Situation.

Lieber Herr Bürgermeister,
wir bedauern Ihren Entschluss, können es aber gut verstehen, dass Sie nicht mehr antreten wollen. Für Ihren Nachfolger wird es sehr schwer werden. Sie haben große Fußspuren hinterlassen. Vielen Dank, Herr Bürgermeister.

Und Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für die Aufmerksamkeit.